



HESSISCHER LANDTAG

04. 05. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Proteste gegen Autobahnprivatisierung ernst nehmen - privatrechtliche Autobahngesellschaft stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt die Kundgebungen und Proteste gegen die drohende Autobahnprivatisierung an mehreren Orten Hessens in den zurückliegenden Tagen zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Hessische Landtag kritisiert, dass umfangreiche Grundgesetzänderungen weitgehend ohne eine öffentliche Debatte beschlossen werden sollen und dass die endgültigen Gesetzentwürfe wenige Wochen vor den geplanten Beschlüssen in Bundestag und Bundesrat noch nicht veröffentlicht sind.
3. Der Landtag stellt fest, dass eine nachteilige Privatisierung öffentlicher Infrastruktur bereits mit der Gründung der privatrechtlichen Autobahngesellschaft beginnt und nicht erst mit einem eventuellen Verkauf an private Investoren. Eine GmbH hat erhebliche demokratische Defizite, bietet in der Regel schlechtere Arbeitsbedingungen und kann ÖPP-Töchter mit privaten Investoren gründen oder ganz an diese veräußert werden. Ferner entzieht sie mit ihrem vorgesehenen internen Finanzierungskreislauf Mauteinnahmen der öffentlichen Hand, die sie beispielsweise für den Ausbau von Schienenwegen oder den Ausgleich von verkehrsbedingten Umweltschäden nutzen könnte.
4. Der Landtag spricht sich nachdrücklich für den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Landesbehörde Hessen Mobil im öffentlichen Dienst aus.

Wiesbaden, 4. Mai 2017

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler